

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

28.11.1924 (No. 279)

Expedition:
 Karlsruher
 Straße Nr. 14
 Fernsprecher:
 Nr. 958
 und 964
 Postcheckkonto
 Karlsruhe
 Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 Chefredakteur
 C. K. u. n. b.
 Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und umwärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen ist die Bezeichnung und Kontonummer der Karlsruher Zeitung anzugeben. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

Wirtschaftliche Umschau

Die Umstellung auf die neue Reichsmark, die als goldgedeckte Währung übrigens mit der Goldmark identisch ist, geht weiter. Auch soll bereits eine Ergänzung der Goldbilanzverordnung bevorstehen, wonach die Umstellung der Aktienkapitalien nunmehr auf Reichsmark vorgeschrieben werden soll, wobei die Goldmark der Reichsmark gleichgestellt wird. Dies geschieht im Interesse der Vereinheitlichung unseres Währungswesens und gerade deshalb ist den Einwürfen entgegenzutreten, die immer noch nicht die Stabilität der deutschen Währung — trotz der auch im Londoner Abkommen vorgesehenen Sicherungen — gewährleistet halten. Auch die Kursnotierungen an den deutschen Börsen, die bis jetzt mit Ausnahme der Notierungen für deutsche Staatsanleihe auf Billionenprozenten lauteten, sollen ab 1. Dezember auf Reichsmark erfolgen. Die Aktiennotierungen sollten auf 1 Mark für 100 Mark lauten. Die Kriegsanleihe, die bisher in Milliardenprozentsätzen notiert wurden, sollen Notierungen in Markprozent erfahren, wobei jedoch die vierte Dezimalstelle unberücksichtigt bleibt, so daß die geringsten Schwankungen, die zur Notiz kommen, 0,005 Prozent sein werden und die gegenwärtige Notierung etwa ausfällt: 0,765. Auf dem Markt der festverzinslichen Werte sollen übrigens ganz geringwertige deutsche Papiere eine Ausnahme machen, man will sie in eine Mark pro Billion oder Milliarde notieren.

An den Börsen wird sich wohl nur langsam eine Besserung einstellen, da noch weitgehende Unsicherheit darüber herrscht, wie sich die Goldmarkumstellung auf den Ertrag der Papiere, also die Dividenden, auswirken wird, wozu noch kommt, daß sich auch die Wirkungen des Industriebelastungsgesetzes noch nicht abschätzen lassen. Vor allem aber fehlt es allenthalben an Kapital zum Erwerb von Aktien, es werden im Gegenteil noch immer erhebliche Aktienmengen, nicht nur um Betriebskapital zu schaffen, sondern auch zu den Bedürfnissen des Lebensunterhalts abgestoßen und auf den Markt gebracht. Dazu ist das ausländische Kapital recht vorsichtig und stößt schon bei geringen Kursgewinnen ab. Die Börse bleibt in der Hauptsache auf sich selbst angewiesen, zumal die Börsenvermittlungsfähigkeit, Maklercourtage und Provisionen der Banken besonders, erstere, noch immer reichlich hoch sind und die Umsätze verteuern. Freilich erklären die Makler, eben wegen der geringen Umsätze an ihren Sähen festhalten zu müssen, um existieren zu können. In den letzten Tagen hat sich übrigens für einige besonders bevorzugte Papiere, sog. „Spezialitäten“ eine bessere Situation entwickelt.

Wann an den deutschen Effektenbörsen das Ultimogeschäft, das verschiedenerseits verlangt wurde, wieder zur Einführung gelangt, steht noch dahin. Dagegen ist an der Berliner Produktentbörse ab 1. Dezember wieder das Zeitgeschäft mit einem vom Reichsrat in allen Einzelheiten geprüften Schlussschein eingeführt, das jedoch nicht mit dem weiterhin verbotenen Getreideterminogeschäft zu verwechseln ist und ein wirkliches Lieferungsgeschäft sein soll. Man hofft, dadurch dem deutschen Markt seine sehr bedeutende Stellung im Weltgetreidehandel wieder zu verschaffen.

Die Reichsbank hat bei den führenden Banken die Wiedereinführung des Privatdiskonts für erstklassiges Wechselmaterial, das auch im internationalen Verkehr vom Ausland aufgenommen werde, angeregt, um die tatsächlich bei uns vorhandenen flüssigen Geldmittel, von denen beträchtliche Summen der Wirtschaft nicht so gut kommen, wie es wünschenswert wäre, an die richtigen Stelle zu annehmbaren Zinssätzen zu bringen. Die Schwierigkeit liegt nur darin, daß es noch an Prima-Bankakzepten fehlt und auch die Kaufkraft dafür nur gering ist. Die Reichsbank muß im Interesse der Währung an einer gewissen Kreditkontingentierung festhalten und würde gewiß dadurch entlastet werden, wenn außerhalb der Reichsbank ein Markt für erstklassige Wechsel, deren Diskontsatz natürlich wie in der Vor-Kriegszeit unter dem Reichsbankdiskontsatz stehen müßte, sich aufbauen würde. Die Frage gehört zu dem Thema der besseren Organisation des Kreditwesens, die ja der Reichsbankpräsident vor einiger Zeit angeschnitten hat und die auch u. a. mit der Preislenkungsfrage aufs engste zusammenhängt.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit England und Frankreich werden jetzt fortgesetzt, aber zu einer Entscheidung der wichtigsten Frage, der 25prozentigen Reparationsabgabe, welche die deutsche Ausfuhr bei ihrer Beibehaltung, auch wenn ein sonst noch so günstiger Vertrag für Deutschland herauskäme, abdroheln würde, ist es noch nicht gekommen. Überhaupt muß es sich für uns bei allen Handelsverträgen darum handeln, welche praktische Vorteile sie bringen. Es ist nicht zu vergessen, daß eine Reihe von Staaten die Kontingentierung der deutschen Einfuhr auf das Maß von 1913 verlangt, die für uns schon aus dem Grund nicht tragbar ist, weil wir zur Erfüllung der im Sachverständigenrat vorgesehene Leistungen unsere Ausfuhr auf einen bedeutend höheren Grad bringen müssen als den von 1913. Gilt die Tendenz an, Deutschland soweit als möglich weiter vom Weltmarkt abzuschließen, dann sind wir eben zur Erfüllung der uns auferlegten Verpflichtungen nicht in der Lage, und unsere Vertragskontrahenten von London müssen sich selbst zunächst die Frage vorlegen, ob sie Reparationen wirklich wollen oder nicht.

Der Wirtschaftsvertrag mit der Schweiz, der bereits von den beiden Regierungen ratifiziert ist, berührt keine Zolltariffragen, sondern hat in der Hauptsache den Abbau der gegenseitigen Einfuhrbeschränkungen zum Ziel, die von schweizerischer Seite bisher ganz einseitig gegenüber Deutschland aufrecht erhalten wurden, auch nachdem nach der Stabilisierung der deutschen Währung kein Dumping von deutscher Seite mehr zu befürchten war, während deutscherseits die Einfuhrbeschränkungen zur Regulierung der Währung notwendig waren und sich auch auf die Einfuhr aus anderen Staaten bezogen. Das Inkrafttreten des neuen für Baden besonders wichtigen Abkommens soll bereits am 10. Dez. erfolgen. Die Aufhebung aller Einfuhrbeschränkungen braucht jedoch erst in 9 Monaten bis zum 30. Sept. 1925 stattzufinden. Wenn keine Einigung über künftige Zollerhöhungen erfolgt, so kann das Abkommen mit einmonatiger Frist gekündigt werden, wie überhaupt eine Kündigung mit zwei-monatiger Frist vom 31. Juli ab jederzeit stattfinden kann. Das Abkommen bringt sogleich nicht unvorteilhafte Erleichterungen, und schweizerischerseits ist versichert worden, daß man nicht beabsichtige, durch eine vorzeitige Kündigung das System der Einfuhrbeschränkungen weiterhin aufrecht zu erhalten.

Die endgültige Umgestaltung der Rentenbank in die deutsche Rentenbankkreditanstalt, die als großes Kreditinstitut für die deutsche Landwirtschaft dienen soll, soll wie es die Länder jetzt wünschen, nicht auf dem Weg der Notverordnung, sondern durch verfassungsmäßige Mitwirkung des Reichsrats und des neuen Reichstags erfolgen. Die Frage, wer den Haupteinfluß auf diese große Bank, die in wenigen Jahren über ein Grundkapital von 500 Millionen verfügen wird, haben soll, wurde in der letzten Zeit in der Presse eingehend behandelt. Der amtliche preussische Pressedienst hat sich dagegen gewandt, daß etwa solche landwirtschaftliche Interessengruppen, die überwiegend politisch eingestellt sind, ausschlaggebenden Einfluß erhalten sollen und darauf hingewiesen, daß in einem vom Landbund verbreiteten Programm die möglichst restlose Unterstellung des gesamten Geldeausgleichs der Landwirtschaft unter den Einfluß des Landbundes gefordert wird. Es wurde demgegenüber verlangt, daß der staatliche Einfluß hinreichend zur Geltung komme, wie es auch Forderung der Länder ist, daß den alten landwirtschaftlichen Kreditinstituten keine Konkurrenz bereitet werde.

Vom Nachrichtendienst der Rentenbank wird demgegenüber erklärt, daß der Verwaltungsrat der neuen Rentenbankkreditanstalt, aus 19 Mitgliedern bestehend, wovon 8 die Länder, 3 der deutsche Landwirtschaftsrat entsenden und nur 8 Vertreter die landwirtschaftlichen Interessengruppen verörpfern, davon habe der Landbund zwei Stimmen. Die Landwirtschaft, die unter großer Betriebsmittelnot leide, habe ein Interesse daran, daß das neue Institut baldigst in Erscheinung trete.

General von Rathenow traf am Donnerstag nachmittag um 6 Uhr von Weba kommend in Rassel ein. Am Bahnhof waren außer der Gattin des Generals und mehrerer Bekannter die Spitzen der Behörden und eine zahlreiche Menschenmenge anwesend. Der Oberpräsident Dr. Schwander hielt eine kurze Ansprache, in der er den General namens der Provinz willkommen hieß und insbesondere die allgemeine Herbeizugung zum Ausbruch brachte, daß das Bitter Kriegsgeschicksurteil ein Befehl gewesen sei.

Politische Neuigkeiten

Der Reichshaushaltsetat für 1925

Gegenüber Blättermeldungen, daß der Reichshaushaltsetat für 1925 mit einem Überschuß von 2½ Milliarden Reichsmark abgefaßt, wird festgestellt, daß es sich nur um den Haushalt für alle Finanzverwaltungen handelt, in den die wesentlichen Einnahmen aus Zöllen und Steuern, sowie Abgaben, ferner Steuerüberweisungen an Länder und Gemeinden veranschlagt sind, während die übrigen Teile des Haushaltsplanes, die in der Hauptsache die Ausgabebelegs der einzelnen Reichsverwaltungszweige darstellen, unberücksichtigt bleiben. Berücksichtigt man diese Ausgabebelegs, so ergibt sich daß der Entwurf für 1925 im ordentlichen Haushalt in Einnahmen und Ausgaben sich zwar ausgleicht, im außerordentlichen Haushalt dagegen ein Defizit aufweist. Hinsichtlich der Behauptung, die Aufwandsgebühren der Reichsminister seien gegenüber dem Vorjahre von 13 000 auf 30 000 Mark heraufgesetzt worden, ist festzustellen, daß es sich um einen Sammelbegriff handelt, aus dem die Kosten für besondere repräsentative Aufwendungen sämtlicher Reichsminister bestritten werden sollen. Der Haushaltsbetrag von 300 Millionen für Mehraufwendungen an Besoldungsausgaben stellt den Bedarf für die beschlossene Besoldungserhöhung und für die Erhöhung des Wohnungsgelbeszuschusses dar, einschließlich der Rückwirkung auf Pensionäre, Kriegsbeschädigte usw. Die Ausgaben für die künftigen Besoldungserhöhungen sind darin nicht enthalten.

Das neue Direktorium der Reichsbahn

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn hat auf Vorschlag des Generaldirektors über die endgültige Aufammensetzung des Vorstandes der Reichsbahngesellschaft folgenden Beschluß gefaßt: Außer dem Generaldirektor besteht der Vorstand aus folgenden Direktoren: 1. Vogt (Verkehrs- und Tarifabteilung sowie Verwaltungsfälle Preußen); 2. Kumbier (Betriebs- und Bauabteilung); 3. Dr. Anger (Maschinentechnische Abteilung); 4. Jahn (Finanz- und Rechtsabteilung); 5. Stiller (Personalabteilung); 6. Dr. Frank (Verwaltungsfälle Bayern).

Zwischen der deutschen Reichsbahngesellschaft und einem unter der Führung von Speyer u. Co. stehenden neuhafter Bankkonsortium und einer unter Führung der Herren Henry Schröder u. Co. stehenden Londoner Bankgruppe ist ein Abkommen zustande gekommen, wonach die Banken der deutschen Reichsbahngesellschaft bis zum 31. Januar 1926 das Recht einräumen, Kredite in Höhe von 15 Millionen Dollar, die teils in Dollar, teils in Pfund Sterling angelegt werden sollen, anzunehmen. Die Gesellschaft hat Wert darauf gelegt, diesen Kredit zu sichern, weil für unvorhergesehene Fälle bisher noch keine flüssigen Mittel zur Verfügung stehen.

Die Handelsvertragsverhandlungen

Neuer erzählt, daß in den Handelsvertragsverhandlungen zwischen England und Deutschland ein gewisser Fortschritt zu verzeichnen sei. Die Hauptfrage sei freilich die der 25prozentigen Reparationsabgabe. In dieser Beziehung sei noch die ausstehende Hauptschwierigkeit die Frage der Einziehungsmethoden. Wenn diese geklärt wäre, sei nicht zu befürchten, daß die übrigen noch zu behandelnden Vertragsfragen noch übermäßig große Schwierigkeiten bieten würden. Andere noch zu regelnde Fragen seien die Beseitigung der Zulassungsbeschränkung für deutsche Banken in England, die Beschäftigung deutscher Seeleute auf britischen Schiffen; in bezug auf diese Frage hätten sich die britischen Schiffahrtsinteressenten mit dem Handelsamt in Verbindung gesetzt.

W.B. London, 28. Nov. Die „Times“ schreibt zu den deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen, nicht nur die Reichsbegünstigungsklausel werde Großbritannien erhalten, sondern auch gewisse Garantien wegen der unterschiedlichen Behandlung und Beschränkung der britischen Einfuhr nach Deutschland. Das Hauptgeständnis auf Seiten Großbritanniens werde sein, daß die Regierung unverzüglich dem Parlament eine Bill vorschlagen werde, alle Einfuhrbeschränkungen, denen die Deutschen in England noch als vormalige Feinde unterliegen, aufzuheben, so daß zwischen den deutschen Bürgern und den anderen Ausländern kein Unterschied mehr gemacht würde.

Französische Blätter melden ungünstige Nachrichten über den Stand der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen. Berliner Blätter nehmen an, daß die Verhandlungen einen programmatischen Fortgang nehmen werden, da die deutschen Vertreter sämtlich in Paris angekommen sind. Donnerstags nachmittag fand die erste Sitzung mit den französischen Sachverständigen der Schwerindustrie statt.

Erhöhung der Kriegsbeschädigtenrente

Wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mitteilt, tritt in Anlehnung an die Veränderung der Grundgehälter der Reichsbeamten mit Wirkung vom 16. Nov. auch bei den Renten nach dem Reichsversorgungsgesetz eine Änderung ein. Infolge der Kürze der Zeit können jedoch bei den Dezemberzahlungen anfangs November die Erhöhungen nicht mehr berücksichtigt werden. Bei der Januarzahlung seien daher zu gewahren: 1. Grundbetrag für Januar nach dem Stande vom 1. August; 2. 15 Prozent Erhöhung für Januar; 3. 11 Prozent Nachzahlung für Dezember; 4. 6 Prozent Nachzahlung für November. — Der Reichsbund hat bei dem Reichsarbeitsministerium beantragt, die Versorgungsgebühnisse für Januar schon vor dem Weihnachtsest auszugeben.

Genie tritt in Berlin der Beirat der Reichsarbeitsverwaltung zusammen, um zur Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung im Ausmaß der Beamtensolvenzserhöhung Stellung zu nehmen.

Dr. Wirth an das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold läßt soeben die erste Nummer einer „Illustrierten Reichsbanner-Zeitung“ erscheinen. Das Wochenblatt bringt u. a. folgenden Leitpruch des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth:

„Die letzten Wochen und Monate führten mich ins deutsche Land. Der deutsche Volkstaat, die Republik ist in den Herzen unseres Volkes verankert. Mein mutiges Bekenntnis: „Ich bin Republikaner“ löste immer tiefste Zustimmung aus. Das Volk will ein klares Bekenntnis und eine bestimmte Richtung des Fühlens und Denkens über den Volkstaat. Er soll ein Staat und eine Staatsform sein, die soziale Gerechtigkeit und politische Freiheit allen Gewalten zum Recht verwirklichen wollen. Widerstände sind da! Mit Mut und Ausdauer und aufrichtiger, durch nichts beirrbarer Überzeugung kommen wir vorwärts!“

Der neue Kommandant der franz. Rheinarmee
General Guillaumat, hat dem Vertreter des „Matin“, nach dem „Echo du Rhin“ eine Erklärung abgegeben über die Ausfertigung seiner neuen Stellung. Er habe, so sagte der General, die doppelte Aufgabe, für die Sicherheit der Besatzungstruppen zu sorgen und mit absoluter Gerechtigkeit und Unparteilichkeit die Ausführung der Friedensverträge zu überwachen. Er sei in dem Augenblick der Einführung einer neuen Area im besetzten Gebiet eingetroffen, und er rechne auf die Loyalität aller. Aber die anstige, so heißt es in der Erklärung weiter, kann kein Zweifel bestehen. Ich hoffe auch, auf der Gegenseite demselben Verständniswillen in allen Fragen zu begegnen, damit die Ausführung der von den alliierten Regierungen getroffenen Abkommen garantiert wird. Ich bin fest entschlossen, die Aufrechterhaltung der Ordnung und Achtung vor den alliierten Truppen durchzusetzen. Im übrigen werde ich bereit sein, der rheinischen Bevölkerung den Eindruck des Vertrauens und der Gerechtigkeit zu geben.

In der französischen Kammer

Besprach am Donnerstag bei Beratung des Budgets der besetzten Gebiete der Abgeordnete des Seine-Departements Desjardins den Fall v. Rathusius und protestierte gegen die Begnadigung, was den Widerspruch der Linken auslöste. Es sei unstatthaft, daß die Regierung die Strafverfolgung nicht bis zur letzten Konsequenz durchführte. Wenn man schon den General begnadigt habe, hätte man von ihm Schadenersatz für den Betrag der abhanden gekommenen Gegenstände in Höhe von 8000 Franken verlangen sollen. Denn jetzt sei es der französischen Staat, der sie zu zahlen habe. — Der Minister für die besetzten Gebiete erklärte, der Abg. Desjardins mache Bemerkungen, die mit dem Budget der besetzten Gebiete nichts zu tun hätten. Das Begnadigungsrecht stehe dem Präsidenten der Republik zu. Von der äußersten Linken wurde gerufen: „Er hat Recht, davon Gebrauch zu machen!“, wogegen die Rechte protestierte. — Kammerpräsident Painlevé erklärte, man könne wohl über die Begnadigung sprechen, es sei aber nicht anständig, das Begnadigungsrecht des Präsidenten der Republik anzutasten und in der Kammer zu diskutieren, worauf der ehemalige Minister für die besetzten Gebiete, Marin, erklärte, die Restitution der in Frankreich gestohlenen Gegenstände müßte bei der Verteilung der Zahlungen aus dem Damesplan in Berücksichtigung gezogen werden.

Englische Anleihen nur mehr gegen handelspolitische Vorteile

W.L. London, 28. Nov. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet: Mit Rücksicht auf die Zunahme der Erlösen um Anleihen durch auswärtige Regierungen auf dem Londoner Markt ist in der Geschäftswelt eine Bewegung im Gange, die demnächst durch Vermittlung der Handelskammergruppe des Unterhauses ihren Ausdruck finden wird und die eine genaue Regulierung solcher Ausgaben anstrebt. Es wird verlangt werden, daß ein Gesetz erlassen wird, wonach bei der Ausgabe solcher Anleihen im Prospekt genaue Angaben über die Bevölkerungszahl, nationale Schulden, Besteuerung, Einkünfte, Import und Export gemacht werden müßten. Ferner bestehen Bestrebungen für eine engere Zusammenarbeit zwischen den britischen Industrien, den Banken und den Emissionshäusern, damit die Anleihen und Handelskredite in fremden Ländern davon abhängig gemacht werden, daß die Schuldner dem englischen Ausfuhrhandel angemessene Bedingungen bewilligen.

Rußland und die englischen Noten

W.L. London, 28. Nov. Nach den vorliegenden Nachrichten aus Moskau hat die Sowjetregierung ihre Antwort auf die letzten britischen Noten fertiggestellt. Sie wird heute von Rakowski überreicht werden. Sie besteht aus zwei Noten, von denen die erste das Bedauern darüber ausdrückt, daß die Verträge vom 9. August nicht ratifiziert werden sollen und daß den beiden Ländern Vorteile entgehen, die durch die Anwendung der Handelsverträge entstanden waren. — Die zweite Note hält die Versicherung aufrecht, daß der Sowjetbrief eine Fälschung ist und schlägt nochmals eine Untersuchung und Entscheidung durch einen unparteiischen Schiedsrichter vor.

Ägypten und der Völkerbund

Aus Genf kommt folgende Meldung: Die Nachforschungen, die das Völkerbundssekretariat darüber angestellt hat, wieso der Sach, in welchem der ägyptische Kammerpräsident um die Intervention des Völkerbunds nachsuchte, in dem an das Sekretariat gerichteten Telegramm vorzufallen ist, hat zu folgendem Ergebnis geführt: Die Genfer Telegraphenbehörde teilte mit, daß der Sach bei der telegraphischen Übermittlung Kairo-Marseille-Genf, in Marseille irtümlich ausgelassen wurde. — Der Völkerbund hatte, wie gemeldet, erklärt, das Telegramm des ägyptischen Parlaments, enthalte kein Ersuchen nach einem Eingreifen. Es wird nun wohl untersucht werden, wo man diesen wichtigsten Sach bei der Telegrammübermittlung ausgelassen hat.

Neuer meldet aus Kairo: Die dortigen Verhaftungen durch die britischen Beamten seien durch die drohende Gefahr notwendig geworden. In wohlunterrichteten Kreisen herrsche kein Zweifel darüber, daß eine ausgebreitete Verschwörung in Ägypten besteht. Die Ermordung des Sidar werde nur als Einzelfall einer Reihe von geplanten Verbrechen betrachtet. Die Vorkehrungsmaßnahmen würden fortgesetzt, bis die Gefahr beseitigt sei. Gewisse, der Polizei bekannte Personen wurden verhaftet.

Nach einer Exchange-Meldung aus Kairo haben auf die Nachricht von neuen Verhaftungen drei Minister ihre Entlassung eingereicht im Anschluß an eine eiligst einberufene Kabinettsitzung, in der die Lage erörtert wurde. Es wird be-

kanntgegeben, daß keine Kabinettsitzung eingetreten sei, da die britischen Behörden beschloßen hätten, die Verhafteten den ägyptischen Behörden zu übergeben.

W.L. London, 28. Nov. Die Times meldet aus Konstantinopel: Das Blatt „Fevhid i Effkar“ schreibt, die britische Aktion in Ägypten bedeute einen Angriff auf den Islam und sagt voraus, daß der Kampf für die Unabhängigkeit ebenso wie in spanisch Marokko weitergehen werde. — Die gleiche Feindseligkeit zeigt das Blatt „Al-Ham“, das erklärt, daß die Bestrafung der ganzen Nation für das Verbrechen eines Einzelnen ein Mißfall in die Barbarei sei und daß die Türkei, die die britische Okkupation erlitten habe, volles Mitgefühl mit Ägypten habe.

Kurze Nachrichten

Die Zahl der unverstügten Erwerbslosen im Reich nahm in der ersten Oktoberhälfte weiter ab und zwar von 435 000 am 1. November auf 426 000 am 15. November, d. h. um rund 2 1/2%. Die männlichen Hauptunterstützungsempfänger verringerten sich von 393 000 auf 389 000, die der weiblichen von 89 000 auf 87 000. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige Vollerwerbstätiger) weist eine ähnliche mäßige Abnahme auf.

Der Thormann-Grandprozeß. Das Reichsgericht hat die vom Generalstaatsanwalt in dem Prozeß gegen Thormann und Grand wegen des geplanten Attentats auf den General v. Seeck eingelegte Revision verworfen. Es bleibt also bei dem freisprechenden Urteil des Berliner Schwurgerichts.

Das französische Tabakmonopol soll nach einem der Kammer ausgegangenen Gesetzentwurf auch auf Elbisch und Vohringen ausgedehnt werden.

Das englische Parlament wird am 9. Dezember eröffnet. Die Thronrede wird laut „Evening Standard“ u. a. auf die Lage in Ägypten und den Handelsvertrag zwischen England und Deutschland, ferner auf die Vorschläge des Generalsagenten für die Reparationszahlungen und auf die bevorstehende interalliierte Finanzkonferenz Bezug nehmen.

Textilarbeiterstreik in Polen. In Lodz sind die Arbeiter der Textilfabriken wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten. Nach soeben eingelaufenen Nachrichten breitet sich die Bewegung auch auf die Weberstädte der Umgebung wie Tomaszow-Jozef und Rabczanice aus. Die Gesamtzahl der Streikenden wird auf 70 000 geschätzt.

Das neue sinesische Kabinett ist nach einer Neutermeldung aus Peking gebildet. Tuan Tsih Jui ist Ministerpräsident, außerdem vorläufiger Staatspräsident.

Eine neue Meuterei in Brasilien. Wie aus Montevideo gemeldet wird, hat die aus 2 Infanteriebataillonen, 1 Artillerieschwadron und einer Fliegerabteilung bestehende Garnison von Santa Maria im Staate Rio Grande (Brasilien) gemeutert und sich den Aufständischen in Rio Grande angeschlossen.

Badischer Teil

Der Freiburger Kommunistenprozeß

W.L. Freiburg, 27. Nov. In dem Sonderprozeß Göde wurde heute die Beweisaufnahme beendet. Nach einer Zeugnisaussage soll Göde, als er an einer Wegkreuzung auf der Straße nach Lörach den Fabrikanten Horn auf einem Schutthaufen beschimpft und bedroht von der Menge gesehen sah, als einer der Bügellosesten sich betätigt haben. Er soll gerufen haben: „Der wird aufgehängt!“ Auch dies bestritt der Angeklagte. Er will lediglich zu einem Dritten auf Befragen gesagt haben, er habe gehört, daß man den Mann, den er nicht näher kenne, aufhängen wolle. Bei der Schickerei am 17. September abends in Lörach war der Angeklagte ebenfalls beteiligt. Er gab zu, geschossen zu haben, jedoch nicht auf die Schupo, sondern auf eine Laterne, die in der Nähe eines Hauses stand, aus dem auf die Arbeiter geschossen worden sei. Man habe die Laterne zertümmern wollen, um den Fensterschüssen die zum Schießen nötige Beleuchtung zu entziehen. Sehr schwere Anschuldigungen erhebt die Anklageschrift gegen den Angeklagten wegen Beteiligung an der Geiselnahme und Mißhandlung. So soll Göde u. a. den Ingenieur Bauer aus Lörach nach Brombach mitgeschleppt und unter Beschimpfung und Drohungen mißhandelt haben. Ähnlich soll sich auch der Angeklagte dem ebenfalls als Geiseln festgenommenen Kaufmann Adolf Meyer aus Lörach gegenüber verhalten haben. — Demgegenüber behauptet der Angeklagte, nichts Derartiges getan zu haben, zum Teil sogar noch die Geiseln in Schutz genommen zu haben.

Der Zeuge Taglöcher Ernst Geiger aus Wehr sah an einer Wegkreuzung den in einem Auto herbeigefahrenen Fabrikanten Horn, der beschimpft und bedroht wurde und bereits aus einer Kopfwunde blutete. Der Zeuge hatte früher ausgesagt, hier habe Göde ihm bedeutet, der Horn wird aufgehängt. Auch sei Göde bei der Beschimpfung des Fabrikanten Horn einer der schlimmsten gewesen. Heute hielt der Zeuge diese letztere Aussage nicht aufrecht. Er will sich nicht mehr erinnern können und fand bei seinen Aussagen teilweise Widerspruch bei anderen Zeugen.

Eine große Anzahl Zeugen wurden vernommen. Der Zeuge Josef Jeger aus Brennet sagte aus, daß Göde ihn im September 1923 um Konfessionsbüchsen bat, ohne jedoch den Zweck anzugeben. Früher hatte der Zeuge angegeben, daß er angenommen habe, Göde brauche die Büchsen zur Anfertigung von Handgranaten, und daß er fertige Handgranaten auch selbst gesehen habe. Heute erklärte der Zeuge, daß das, was er damals angegeben habe, nicht richtig sei. Er habe seine Angaben nur auf das Drängen des ihn vernehmenden Gendarmereibeamten gemacht. Der Bauarbeiter Schmidt sagte aus, daß er während der Unruhen von dem Angeklagten mehrere Rädchen Patronen erhalten hat. Von größerer Bedeutung sind die Aussagen der Fabrikanten, die zugeben, daß eine Not der Arbeiterchaft bestanden habe. Man habe aber versucht, durch wöchentliche Lohnauszahlung der Not zu steuern. In gewissem Sinne sei vielleicht auch von manchem Fabrikanten gesündigt worden.

Zu Beginn der Nachmittagsitzung wurde der Oberamtmann Wintermantel-Schopffheim vernommen, der am 17. September in Schopffheim bei den Lohnverhandlungen stellvertretender Vorsitzender war. Der Zeuge schilderte den Verlauf der Verhandlungen, die schon zu Beginn durch Schimpfen, Lärmen und Zwischenrufe des Angeklagten Göde gestört wurden. Sonst gingen die Verhandlungen zunächst in ruhiger Weise vor sich. Fabrikant Horn erklärte als erster der Unternehmer zu den vorgelegten Forderungen der Arbeiterführer, daß er mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage seines Betriebes die Frankfurter Beihilfe nicht bezahlen könne,

jedoch der Gewährung der übrigen Zulagen zustimme. Andere Arbeitgeber äußerten sich in entgegenkommenderem Sinne. Schließlich zogen sich die Unternehmer zu einer Beratung zurück, worauf die ungeduldige Menge vor dem Beratungssaal immer unruhiger wurde und wobei sich Göde besonders hervortat. Der Bürgermeister von Schopffheim, der bei den Verhandlungen den Vorsitz führte, verklündigte sodann, daß die Unternehmer bereit seien, die Forderungen der Arbeiter anzunehmen. Die Menge beruhigte sich jedoch hierauf nicht und drang plötzlich auf den Fabrikanten Horn ein, der niedergeschlagen wurde. Es wurde dann aus der Menge heraus die Karole ausgegeben, die Unternehmer als Geiseln nach Lörach mitzunehmen, dort die Schupo zu verjagen und die Geiseln als Kugelfang beim Angriff gegen die Polizei zu benutzen. Auch in dieser Phase der Löracher Vorgänge trat der Angeklagte Göde sehr aktiv hervor. Der Zeuge und Fabrikant Horn wurden dann im Automobil weggebracht. Der Zeuge äußerte dann zu der damaligen wirtschaftlichen Lage, daß die Notlage unter der Arbeiterchaft außerordentlich groß war, und daß er den Eindruck gehabt habe, als ob die Unternehmer in der Lage gewesen wären, die Frankfurter Beihilfe zu bezahlen. — Der Angeklagte machte hier die Bemerkung, daß der Zeuge während jener Verhandlung zu den Arbeitern geäußert habe: „Euch geht es noch viel zu auf. Ihr solltet 10—12 Stk. arbeiten müssen. Ihr solltet einmal sehen, wie es Euch ginge, wenn die Franzosen da wären.“ Der Zeuge bestritt ganz entschieden, diese Äußerungen getan zu haben.

Kommerzienrat Otto Horn-Rabnau schilderte u. a. die tumultuarischen Vorgänge im Rathaus und unterwegs zum Kraftautomobil, in welchem sich Waffen befanden. Während dieser Vorgänge war nach Ansicht des Zeugen der Angeklagte Göde der Führer. Auf die Bemerkung des Vorsitzenden, ob er, wie man behauptet, besonders arbeiterfeindlich gewesen sei, äußerte der Zeuge, daß dies nicht wahr sei. Er habe sich eben nach seinen Verhältnissen richten müssen. Die Frankfurter Beihilfe habe er nicht bezahlen können, das in seinem Betrieb bei 800 Beschäftigten mit 470 Arbeitern den Betrag von 23 000 Franken ausgemacht hätte, er habe jedoch keine Frankenguthaben, sondern Frankenschulden gehabt. Daß die Löhne der Arbeiter viel zu niedrig gewesen seien, wollte der Zeuge nicht zugeben. Den Vorhaltungen des Vorsitzenden gegenüber gab Fabrikant Horn jedoch zu, daß in der Zeit der Inflation trotz häufiger Zahlungen die ausbezahlten Beträge sich auf ein Minimum der Kaufkraft reduzierten. — Im weiteren Verlauf der Zeugenvernehmung schienen sich die Angaben der Anklageschrift der Reichsanwaltschaft, daß der Angeklagte Göde der Hauptinstanz des Tumults gewesen sei, zu bestätigen.

W.L. Freiburg, 28. Nov. Der Beginn der Plaidoyers im Falle Göde wurden noch einige Zeugen vernommen, deren Vernehmung in der gestrigen Beweisaufnahme nicht mehr möglich war. — Zeuge Landgerichtsrat Döhnel wurde darüber vernommen, ob der Angeklagte Göde irgendein Grund zu der Behauptung habe, die Protokolle von den einzelnen Vernehmungen vor dem Untersuchungsrichter seien zum Teil unrichtig. — Der Vorsitzende las dem Zeugen die protokollierten Aussagen des Angeklagten vor. Der Zeuge äußerte hierzu, daß er stets die Aussagen so aufgenommen habe, wie sie von den Angeklagten gemacht wurden. Besonderen Wert habe er vor allem auch darauf gelegt, einzelne Aussagen, wie die des Göde, der Mitangeklagte Erling habe am 15. Sept. bei der Rückkehr von Lörach gesagt, die Löracher Unruhen seien nur die Vorurruhen zur Revolution, die der Angeklagte jetzt betreibt, wörtlich zu Protokoll zu nehmen, weil solche Aussagen ihm (dem Untersuchungsrichter) geeignet erschienen, dem auch in der Presse und in der Öffentlichkeit bestehenden Streit über den Zusammenhang oder Nichtzusammenhang der September-Unruhen mit den späteren kommunistischen hochverräterischen Untertaten in beider Sinne zu entscheiden.

W.L. Freiburg, 28. Nov. In der Verhandlung vor dem Süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik gegen den 23jährigen Dekorationsmaler Josef Göde aus Brennet (oberbad. Wiesental) beantragte heute die Vertretung der Anklage als Strafe vier Jahre Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe und fünf Jahre Ehrverlust. Als verhängt sollen gelten ein Jahr Zuchthaus und die Geldstrafe.

Der Neckarkanal

Nachdem sich die Tagung des Süddeutschen Kanalvereins für den beschleunigten Ausbau der Kanalstrecke Mannheim-Weilbronn-Blöchingen ausgesprochen hat, ist in der Frage der Neckaranalisisierung ein Streit entstanden. In einem Protest Weidels. Kreis wird der Ausbau des Neckars zu einem Schleusenanal als volkswirtschaftlich unnützig bezeichnet. Seine Rentabilität sei äußerst zweifelhaft und was für ihn spreche, seien lediglich privatwirtschaftliche und gewisse lokale (württembergische) Interessen. Diese seien aber nicht stark genug, um die Zerstörung so großer materieller und ideeller Güter zu rechtfertigen, wie sie hier auf dem Spiel ständen. Die Gegner setzen sich, wie dazu das „Heidelberger Tagblatt“ schreibt, aus zwei Gruppen zusammen: einmal aus Leuten, die die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens bezweifeln, und dann aus mehr ideal gerichteten Kritikern, die trotz aller behördlichen Versicherungen die Gefahr für das Weidelsberger Landschaftsbild und insbesondere die Alte Brücke für noch keineswegs gebannt halten.

Jetzt meldet sich das Neckarblatt zu Wort. Es schreibt u. a.:

„Der Süddeutsche Kanalverein beschloß am 14. d. M. in Stuttgart, sich für den Weiterbau der begonnenen Neckaranalisisierung energisch einzusetzen. Dies gab Anlaß zu einem Artikel im „Heidelberger Tagblatt“ vom 18. ds. Mts. „Gefahr für Tal und Brücke“.

Es ist erstaunlich, mit welcher Hartnäckigkeit immer wieder die Fabel aufgetischt wird, die Alte Brücke in Heidelberg hiele der Neckaranalisisierung zum Opfer. Wie die Bauten der Neckaranalisisierung auf das Neckartal einwirkten, darüber vermag boretz noch niemand zu urteilen.

Es wurde schon wiederholt darauf hingewiesen, daß eine sachverständige Kommission zur Wahrung der Interessen Heidelbergs bei der Kanalstreckung des Neckars eingesetzt ist. Diese Kommission wurde durch Hinguziehung weiterer Heidelberger Kunsthistoriker erweitert und wird in der allernächsten Zeit zur Prüfung und Beurteilung der im Interesse der Denkmalspflege und des Heimatschutzes auftretenden Fragen Gelegenheit erhalten.

Die Neckaranalisisierung oberhalb Heidelbergs überhaupt zu hindern, wird wegen der gemeinwirtschaftlichen Wichtigkeit des Unternehmens, im Hinblick auf die bisherigen Aufwendungen auch in Württemberg und in Berücksichtigung der Tatsache, daß durch den bereits erfolgten Ausbau des Flusses die Schiffahrt eher benachteiligt als gefördert ist, nicht möglich sein. Es handelt sich nur um die Lösung der Frage: Wie kann das Landschaftsbild bei Heidelberg und im Neckartal

trah Analyse erhalten werden? Die besonnenen und maßgebenden Kreise Heidelbergs und die wirklichen Freunde der Stadt sollten sich also gebulden, bis die Entwürfe der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und das Urteil der berufenen Güter der Naturschönheiten Heidelbergs vorliegt.

Ferner veröffentlicht das Blatt die auf eine in den Heidelberger Zeitungen am 2. August d. J. abgedruckte, an das Reichsverkehrsministerium, die württembergische und die badische Staatsregierung gerichtete Eingabe erteilte Antwort des damaligen Reichsverkehrsministers Defer, in der es heißt:

„Aus der Ihrer Eingabe beiliegenden Erklärung war nicht zu ersehen, welche Vorgänge die Unterzeichneten zu den Angriffen gegen die Redarbaubehörde veranlaßt hatten, so daß zunächst eine Rückfrage bei der Redarbaudirektion in Stuttgart erforderlich wurde.

Dem Bericht der Redarbaudirektion entnehme ich, daß der Verkehrsverein von Heidelberg vor einiger Zeit eine Versammlung zur Besprechung der Redarbaualtisierung abgehalten hat und bei dieser Gelegenheit der Vorstand des Redarbaubauamts Heidelberg den Behauptungen des Berichterstatters, daß die alte Karl-Theodor-Brücke durch die Kanalisierung gefährdet sei, entgegengetreten ist. Der Vorstand des Redarbaubauamts Heidelberg hat mit Recht darauf hingewiesen, daß durch die Kanalisierung der Bestand der Karl-Theodor-Brücke in keiner Weise berührt wird, und weiterhin zutreffend betont, daß seitens der Redarbaubehörde nichts unternommen werde, um den berechtigten Wünschen der Stadt Heidelberg auf Erhaltung des Landschaftsbildes in jeder Beziehung gerecht zu werden. Die Frage der Durchführung der Großschiffahrtstrasse durch das Weichbild der Stadt Heidelberg ist seit Jahren nach diesen Gesichtspunkten geprüft und bearbeitet worden. Die zurzeit im Bau befindliche Staustufe bei Weichlingen wurde so angeordnet, daß der hier zu haltende Staustufen Spiegel die Durchführung der Großschiffahrt unter der Karl-Theodor-Brücke ermöglicht, ohne daß an dieser Brücke sichtbare Veränderungen vorgenommen zu werden brauchen.

Auch über die Lage der oberhalb anschließenden Staustufe sind eingehende Untersuchungen angestellt worden, um zu ermitteln, wie die notwendige Rücksicht auf die Erhaltung des Landschafts- und Stadtbildes bei Heidelberg mit den Interessen des Kanalisierungsunternehmens in Einklang gebracht werden könne. Diese Untersuchungen konnten aber noch nicht zum Abschluß gebracht werden, da versucht werden soll, die Zahl der Staustufen oberhalb Heidelbergs zu verringern und hierdurch eine gleichmäßigere und wirtschaftlichere Ausgestaltung der Einzelwerke zu erreichen. Seit wenn Vorarbeiten beendet sind und über die zweckmäßigste Lage der Heidelberger Staustufe weitere Klarheit geschaffen ist, können die Pläne den maßgebenden Stellen zur Kenntnis und Stellungnahme zugänglich gemacht werden. Ich bin daher zurzeit nicht in der Lage, die von Ihnen gewünschte Veröffentlichung der Baupläne für die Redarbaualtisierung bei Heidelberg zu veranlassen. Die antragstellenden Körperschaften und Vereine können aber versichert sein, daß ihnen rechtzeitig Gelegenheit zu einer Meinungsäußerung über die Ausgestaltung der Redarbaubauwerke bei Heidelberg gegeben wird.“

Die Festnahme des Kommunisten Tittel in Freiburg

Die „Mannheimer Arbeiterzeitung“ beschwert sich in ihrem Bericht über den Freiburger Hochperrats-Prozess, daß der Kommunist Tittel, der Berichterstatter der „Roten Fahne“ in Berlin, nachdem er in der sogenannten Scheidemann-Versammlung als Diskussionsredner gesprochen, von der Freiburger Polizei verhaftet und 1 1/2 Stunden auf der Polizeiwache festgehalten worden sei.

Hierzu ist festzustellen, daß die Polizei bei ihrer Festnahme Tittels von der Tatsache ausging, daß eine Anzahl der städtischen verfolgten kommunistischen Reichstagsabgeordneten unter falschen Namen in den Wahlversammlungen in Oberbaden als Redner und Diskussionsredner auftraten. Die Polizei glaubte, man habe es in Tittel mit einem dieser kommunistischen Reichstagsabgeordneten zu tun.

Nachdem Tittel auf der Polizeiwache sich genügend ausgewiesen und auch durch die Herren Prof. Holle aus Berlin und Rechtsanwalt Sedel legitimiert war, erfolgte seine sofortige Entlassung.

Dies ist der einfache Tatbestand, aus dem natürlich die „Arbeiterzeitung“ die üblichen Angriffe auf die Polizei ableitet. Wie vorstehende Darstellung beweist, völlig zu unrecht.

Das Landesbad in Baden

Das Landesbad in Baden wird am 20. Dezember 1924 geschlossen werden.

Österreichisches Konsulat

Die österreichische Regierung hat den Leiter des Österreichischen Konsulats in Karlsruhe, Herrn Wilhelm Menginger, zum Honorar-Generalkonsul ernannt. Nachdem ihm das Reich das Exequatur erteilt hat, wurde Generalkonsul Menginger zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen erneut zugelassen. Der Amtsbezirk des Konsulats in Karlsruhe bleibt unverändert.

Caritas und freie Wohlfahrtspflege in Baden

Die Zahl der Familien und Einzelpersonen, die heute in der Zeit einer allgemeinen wirtschaftlichen Not der materiellen und idealen Unterstützung bedürfen, ist unverhältnismäßig groß. Um dieser Not zu steuern, teils in vorbeugender, teils in fürsorglicher Weise hat der Staat, eingebend seiner Aufgabe, für die Volkswohlfahrt Sorge tragen zu müssen, zahlreiche Mittel erlassen, Einrichtungen geschaffen und Gesetze erlassen. Daneben aber ist die freie Wohlfahrtspflege, die christliche wie die humanitäre, eifrig bestrebt, den wirtschaftlichen und sittlichen Schäden abzuhelfen; beide Seiten der Wohlfahrtspflege sind unbedingt erforderlich, eine die andere ergänzend und stützend. Wie gerade die Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege und hier allen voran die der Caritas unter sich und mit der staatlichen Fürsorge in gesunderm Wettbewerb stehen, zeigt das Beispiel von Baden.

Das Erzdiözese Freiburg (Baden und Hohenzollern) zählt etwa 2262 000 Einwohner, wovon 50 Prozent Katholiken sind. Über 5000 barmherzige Schwestern — gegenüber 8000 vom Jahre 1914 — stehen im Dienste der christlichen Nächstenliebe. Besonders in der Krankenpflege tragen die katholischen Ordensschwestern hervor. 70 Prozent aller Kranken-

pflegestationen sind von barmherzigen Schwestern besetzt, weiterhin etwa 55 Prozent aller Anstalten der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge und ganz besonders viele Näh- und Arbeitsstätten. Auf 1000 Katholiken kommen in Baden etwa 4 Schwestern, eine Zahl, die weit über dem Reichsdurchschnitt steht. Auf evangelischer Seite entfallen auf 1000 Seelen 1,78 Schwestern. Steht diese Ziffer auch hinter der auf katholischer Seite weit zurück, übertrifft sie doch andererseits gleichfalls den Reichsdurchschnitt. Der Anteil der evangelischen Schwestern an allen badischen Krankenpflegeanstalten beträgt etwa 28,5 Prozent, der an den badischen Kinderanstalten 88 Prozent. Die Anzahl der evangelischen Anstalten ist übrigens im Verhältnis zur Gesamtzahl bedeutender als die Zahl der zur Verfügung stehenden Diakonissen. Insgesamt sind 1924 in Baden 8239 Schwestern tätig:

- 67 Prozent aus den katholischen Schwesterngenossenschaften;
- 22 Prozent aus den evangelischen Mutterhäusern;
- 11 Prozent aus der Schwesternschaft des Badischen Frauenvereins vom roten Kreuz.

Welche Einrichtungen, Anstalten und Organisationen sich die freie Wohlfahrtspflege in Baden und im Einzelnen geschaffen hat, wie dieselben entstanden sind und wie sie heute arbeiten, das zeigt in bester, interessanter Weise ein eben im Carl-Fischer-Verlag zu Freiburg erschienenes Buch von Bernhard Schröder: „Caritas und freie Wohlfahrtspflege in Baden“ (Preis 4,50 M.). Vieles, was man sich seither mühsam da und dort zusammensuchen mußte, findet man hier auf knappem Raum vereinigt. Das Buch bildet nicht nur eine gute Orientierung für alle an der Wohlfahrtspflege Interessierten, sondern zugleich ein ganz wertvolles Material für Vorträge und Kurse. Im ersten Teil wird der Werdegang und heutige Bestand des Freiburger Diözesan-Caritasverbandes dargestellt; im zweiten Teil die Arbeitsweise der inneren Mission, der jüdischen und altkatholischen Wohlfahrtsvereinigungen sowie der Heilsarmee; im dritten Teil die sogenannte neutrale Wohlfahrtspflege (Motes Kreuz, Hauptausgangspunkt für Arbeiterwohlfahrt . . .) sowie die reinen Frauenvereine. Soweit uns bekannt ist, fehlt eine ähnliche Zusammenstellung noch für die übrigen deutschen Länder. Baden als „Mutterland“ ist hier wieder einmal mit gutem Beispiel vorangegangen und findet hoffentlich viele Nachfolger. Kz.

Kommunale Rundschaub

Neugestaltung der Mannheimer Eisenbahnanlagen. Auf Veranlassung des Verkehrsvereins Mannheim hielt Oberbaudirektor Hölzer über die Neugestaltung der Mannheimer Eisenbahnanlagen vor Vertretern der Behörden, der Reichsbahn, des Wirtschaft und der Technik im Siemensbau eine Richtlinienvorlesung, in dem die bisher zur Lösung dieses schwierigen Problems gefertigten Projekte vorgeführt und erläutert wurden. Als Korreferent sprach Regierungsbaumeister A. D. Dr. Munk. Aus beiden Vorträgen und aus der sich anschließenden Aussprache, bei der auch Handelskammerpräsident Renel das Wort ergriß, ergab sich, daß die weitere Förderung der Projektierungsarbeiten, die erfreulicherweise auch von der Reichsbahn in Angriff genommen worden sind, nicht nur im Hinblick auf Mannheims Verkehrsstellung und Stadterweiterungspläne, sondern auch aus bahnbetrieblichen Gründen eine überaus dringliche Aufgabe ist. Den Kern des Problems stellt die Frage dar, wie kann der veraltete Kopplationscharakter des jetzigen Hauptbahnhofes Mannheims beseitigt werden, wie ist es durchführbar, Mannheim auch im wichtigen Nord-Südverkehr zu einem Durchgangsbahnhof umzugestalten. Nach den Ausführungen der beiden Referenten besteht die Möglichkeit hierzu und zu der Neugestaltung der Mannheimer Bahnhofsanlagen an der bisherigen Stelle mit der notwendigen Gleisverbreiterung und Höherlegung. In diesem Sinne werden die Vorschläge des verstorbenen Stadtbauamtsdirektors Eisenlohr und des Herrn Dr. Munk einer weiteren Prüfung und Durcharbeitung zu unterziehen sein. Die jetzigen Bauarbeiten im veralteten Hauptbahnhof Mannheims sind nur dringend notwendige Verbesserungen für den Fuß- und Abgang der Reisenden; sie berühren das angeordnete wichtige Problem nicht, dessen baldige Lösung umso mehr erforderlich ist, als Mannheims Stellung im Nord-Südverkehr nach Vollendung des neuen Heidelberger Durchgangsbahnhofs auf das Ernstlichste gefährdet erscheint.

Der Bürgerausschuß Ratstalt hat den neuen Stromlieferungsvertrag mit dem Badenwerk nach kurzer Debatte genehmigt. Der Vertrag läuft 15 Jahre, was von der Stadtverwaltung angestrebt und in langen Verhandlungen auch erreicht wurde. Das Badenwerk verpflichtet sich in diesem Vertrag, der Stadtgemeinde zur Versorgung der Stadt Ratstalt hochgespannten Drehstrom bei einer Spannung von ungefähr dreimal 20 000 Volt und Wechselstrom von ungefähr 100 in der Sekunde in möglichst gleichbleibender Höhe bis zu einer Entnahme von 1000 kw. Kolo der erstellten 20 000 Abnehmer-Transformator und Weistation der Stadtgemeinde zu liefern. Wenn die Stadtgemeinde während der Vertragsdauer eine größere Leistung benötigt, so ist das Badenwerk verpflichtet, auch diese Mehrleistung auf Grund besonderer Vereinbarung zu liefern. — Des ferneren wurde der städtische Antrag, die Stelle des 2. Bürgermeisters nach Gruppe 12 und auf Grund eines von Zentrumseite eingebrachten Ergänzungsantrages nach dem Endgehalt der genannten Gruppe zu bejahen, gegen die Stimmen der Kommunisten, die verlangten, die Dienststelle des 2. Bürgermeisters zu streichen und die hierdurch freiwerdenden Gelder für die Erwerbslosenfürsorge zu verwenden, angenommen. — Schließlich gab der Bürgerausschuß noch seine Zustimmung zu den vorliegenden Satzungen bezüglich eines Stadtsingenamtes.

Aus der Landeshauptstadt

Reichsminister Dr. Marx wird auf Veranlassung seiner Karlsruher Parteifreunde am 5. Dezember in der hiesigen Festhalle sprechen.

Die Albtalbahn. Zu der Nachricht, daß die Albtalbahn ab 1. Dezember den Halbstundenverkehr zwischen Karlsruhe und Ettlingen einführen werde, wird von der Badischen Lokalzeitung „Kz.“ Karlsruhe mitgeteilt, daß während der Stunden des starken Verkehrs, und zwar während 11 Stunden, schon jetzt zwischen Karlsruhe und Ettlingen der Halbstundenverkehr durchgeführt werde, in der Zwischenzeit bestreben die Züge in Stundenabstand. Zurzeit wird geprüft, ob und unter welchen Bedingungen der Halbstundenverkehr während des ganzen Tages durchgeführt werden kann, die Frage ist jedoch noch nicht spruchreif und jedenfalls wird eine Änderung des Fahrplans Karlsruhe-Ettlingen am 1. Dez. noch nicht eintreten. Die wirtschaftliche Lage der Albg war schon vor dem Kriege recht schwach. Zurzeit sind sehr viele Erneuerungen durchzuführen und die Gesellschaft wird sich vor vollständigen Fahrplanveränderungen hüten müssen.

Ein falsches Dreimarkstück wurde gefahren in einer hiesigen Wirtschaft von einem Gast beim Bezahlen der Rechnung verkannt. Die Fälschung wurde erst erkannt, als sich der unbekante Gast schon entfernt hatte.

Fernsprechverkehr mit Durlach und Ettlingen. Vom 1. Dezember ab sind Ferngespräche von Karlsruhe nach Durlach und Ettlingen nicht mehr beim Fernamt anzufragen, sondern unmittelbar beim Ortsamt zu verlangen. Die Verbindung wird wie im Ortsverkehr sofort hergestellt. Der Betrieb gestaltet sich folgendermaßen: Der Teilnehmer ruft das Amt in gewöhnlicher Weise an und verlangt Durlach oder Ettlingen. — Er wird dann mit einem besonderen Arbeitsplatz verbunden. Dieser zweiten Beamtin hat der Teilnehmer die gewünschte Nummer (in Durlach oder Ettlingen) angegeben. — Der Teilnehmer behält den Hörer am Ohr und wartet, bis der gewünschte Teilnehmer sich meldet.

Das Klingler-Quartett hinterließ im vorigen Konzertwinter anlässlich des Vortrags sämtlicher Beethoven-Streichquartette durch fünf verschiedene Quartettvereinigungen zweifellos den stärksten und tiefsten Eindruck, sogar die Quartette Busch und Hofe wurden an Tiefe der Auffassung und des Ausdrucks vom Klingler-Quartett übertroffen. In der Programmwahl für den vierten Kammermusikabend, welcher uns nächsten Mittwoch den dritten Dezember wieder diese berühmten Quartettisten bringen wird, wurde daher wieder ein Beethovenquartett angelehnt und zwar die größte und bedeutendste dieser Meisterkompositionen: cis-moll, op. 131. Da dieses Werk eine Aufführungsdauer von nahezu einer Stunde beansprucht, konnte nur noch ein zweites Werk von ähnlicher Monumentalität dem Beethoven-Werke gegenübergestellt werden. Es ist dies die größte Quartettkomposition der Neuzeit: Schönbergs gewaltiges d-moll Quartett, op. 7, das bei dieser Gelegenheit zum erstenmal in Karlsruhe zur Aufführung gelangt. Im den Konzertbeurteilern das Verständnis für dieses außerordentlich schwierige Streichquartett zu erleichtern, hat die Konzertdirektion Kurt Neufeldt erstmalig eine gesonderte Erläuterung aus berufener Feder stammen, auf die Rückseite des Programms drucken lassen.

Auf die Weihnachtsfeier der Galerie Moos sei besonders hingewiesen. Jeder 25. Besucher der sehenswerten Ausstellung erhält ein Kunstblatt gratis (s. Anzeige).

Die Erste Mannschaft des Karlsruher Fußballvereins wird sich nächsten Sonntag in Bordeaux mit dem französischen Club Bastidien treffen. Die deutschen Herren sind heute mittag abgereist.

Wegen verführter Abtreibung standen sieben Personen vor dem Großen Schöffengericht. Sechs Angeklagte erhielten nach mehrstündiger Verhandlung Gefängnisstrafen von drei bis zu acht Monaten. Außerdem erfolgte eine Freisprechung.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. Forzheim, 27. Nov. Sang- und Klanglos wurde in der vorigen Woche ein Werk vollendet, an dem seit einem Vierteljahrhundert gearbeitet wurde, der Umbau der gesamten Kreis- und Bahnhofsanlagen des Bahnhofes Forzheim. Das letzte Gleisstück wurde am Donnerstag in Benutzung genommen. Man freut sich über die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse umso mehr, als unsere Stadt heute 85 000 Einwohner zählt. Allerdings sind hinsichtlich des Fahrplans noch nicht alle Wünsche erfüllt.

DZ. Freiburg, 28. Nov. Seit dem Frühjahr dieses Jahres sind bekanntlich die Arbeiten zur Errichtung des Bierkraftwerkes im Gange. Nunmehr sind diese soweit vorgeschritten, daß die Wasserleitung nahezu fertig ist. Durch den Firsch- und Stodwald mühten gewaltige Sprengungen vorgenommen werden. Die erforderlichen großen, durchschnittlich 50 Zentner schweren Eisenrohre wurden mit elektrischer Kraft den Berg hinaufgezogen. Die schon oft ausgesprochene Befürchtung, daß durch den Bau des Kraftwerkes der Biererfall verschwinden würde, wird sich nicht bestätigen. Das Kraftwerk wird ihm von seinen Weizen wenig nehmen. Die Industrieaufnahme des Werkes dürfte kaum vor Februar erfolgen. Das Werk wird auf ca. 1500 bis 2000 Pferdekräfte kommen. Die Wasserzufuhr hat von der Staunanlage beim Schönbadhof zur Turbinenanlage 450 Meter Gefälle und dürfte bis jetzt in Deutschland einzig dastehen.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	28. Nov.		29. Nov.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.23	170.16	169.18	170.92
Kopenhagen 100 Kr.	73.62	73.98	73.32	73.68
Italien . . . 100 L.	18.20	18.30	18.20	18.50
London . . . 1 Pf.	19.42	19.52	19.42	19.52
New York 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	22.40	22.52	22.25	22.37
Schweiz . . . 100 Fr.	80.89	81.29	80.87	81.27
Wien 100 000 Kr.	5.90	5.93	5.90	5.93
Brag . . . 100 Kr.	12.57	12.63	12.57	12.63

Zuteilung liberal 100 Prozent

Umstellung der Kursnotierungen auf Reichsmark. Die „Börs. Ztg.“ meldet, daß der Berliner Börsenvorstand nunmehr beschlossene habe, die Umstellung der Kursnotierungen auf die neue Reichsmark am 1. Dezember eintreten zu lassen. Die anderen Börsenplätze werden in Übereinstimmung damit verfahren.

Karlsruher Börse. (26. Nov.) Bei gutem Besuch ist die Stimmung ruhiger. Weizen neue Ernte handelsüblich 24,75 bis 25, Roggen neue Ernte gesund handelsüblich 23,5-24, Sommergerste je nach Qualität 25-28, Hafer neue Ernte 18,5-21, ausgeprochen minderwertige Ware entsprechend billiger. Mais mit Saft (Plata) 22-22,25, Weizenmehl Mühlensforderung 88,5-89, Roggenmehl Mühlensforderung 86 bis 86,5, zur Abnahme fähiges Mehl billiger erhältlich. Weizen- und Roggenfuttermehl 16,25 bis 17, Weizen- und Roggenkleie 12,5 bis 13,25, Spezialfabrikate entsprechend teurer. Viertreber 19,5-20,25, Malzkeime 16,75-17, Speisefertstoff, gelblichgelbe 5,5-6, Raufuttermittel: Lohes Weizenheu, gut, gesund, trocken 8,5-9,5, Luzerne 10,5-11, Weizen- und Roggenstroh, drabgepreßt 6-6,25, alles per 100 Kilo, Mühlensforderung, Mais, Viertreber und Malzkeime mit Getreide ohne Saft, Frachtparität Karlsruhe. Roggenpreise. Kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge. Weine und Spirituosen: Die Lage hat sich seit der letzten Börse nicht wesentlich verändert. Die sich neuerdings geltend machende Geldknappheit konnte zur Behebung des Verkehrs nicht beitragen. Die Preise sowohl für Weine wie auch für Spirituosen waren unverändert. Kolonialwaren: Kaffee und Teepreise unverändert. Mangonoreis 0,44, Graupen 0,43, gelbe gepöhlte Erbsen 0,40, weiße ungar. Perlbohnen 0,48, Linsen mittel 0,70, amer. Schweinefleisch 1,85, Salatöl 1,45, Kartoffelgelder 0,69, Kakaoöl 1,50, ausländisch 1,80 G.M. alles per Kilo.

Verein süd- und westdeutscher Metall- und Schrotzgroßhändler. Am 27. November 1924 fand in Heidelberg im Hotel Victoria die endgültige Gründung des Vereins Süd- und Westdeutscher Metall- und Schrotzgroßhändler unter starker Beteiligung der führenden Firmen aus Süd- und Westdeutschland sowie dem Rheinland statt. Im Anschluß an die Gründung wurde bei flottem Geschäftsgang eine stark besuchte Herbstbörse abgehalten. Die nächste Tagung findet am 10. Dezember d. J. im Hotel Victoria in Heidelberg statt.

Reichsverband Waldfahrt Mannheim. In der Aufsichtsrats-Sitzung wurde beschlossen, das bisher 462 Mill. betragende Grundkapital auf 27 535 000 Goldmark umzustellen. Auf die 200 Mill. Gm. im Verkehr befindlichen Stammaktien wird ein Kapital von 20 Mill. Gm. entfallen; von den 200 Mill. nicht im Verkehr befindlichen Vorzugs- bezw. Schutzstammaktien werden 50 Mill. in gleicher Weise wie die Stammaktien umgestellt. Die umgestellten 5 Mill. Gm. Vorzugsaktien werden vor ihrer Begebung nicht dividenden- und bezugsberechtigigt und sollen mit 5 Mill. Gm. in der Bilanz aktiviert werden. Die 150 Mill. Schutzstammaktien sollen auf 150 000 Goldmark umgestellt werden. Die 8 Mill. Vorzugsaktien lit. A werden auf 500 000 Gm. umgestellt. Die im Verkehr befindlichen 30 Mill. Vorzugsaktien lit. B werden von 1000 Papiermark auf 60 Gm. herabgestempelt, während die 25 Mill. Schutzvorszugsaktien lit. B auf 25 000 Goldmark umgewandelt werden.

Bücheranzeigen

Hermann Hint: Die Gewalt über Sophus Salander. Roman. (Verlag Dr. Cysler & Co. N. G. in Berlin SW 68.) — Geheimnisvolle übernatürliche Kräfte bieten den Stoff zur Behandlung eines eigenartigen psychologischen Problems. Innerhalb des Liebeskampfes zweier Männer (eines jungen, unkomplizierten Studenten und eines älteren, körperlich breihaftigen, geistig etwas dämonisch veranlagten Künstlers) und das gleiche Mädchen findet eine so starke Willensübertragung durch den älteren auf den jüngeren Mann statt, daß dieser als Opfer der suggestiven Kraft seines Feindes einem unheilvollen Schicksal erliegt. Mit raffinierter Darstellungskunst und an Hand aller modernen Forschungsergebnisse der Psychoanalyse wie auch der kriminellen Pathologie zeichnet der Autor die seelischen Vorgänge in seinen Gestalten.

H. Scott: Der zweite Mann. Roman. (Verlag Josef Singer, Leipzig.) — Da der Verfasser es meisterhaft versteht, unerhörte geistige Einfälle in eine geistreiche Form zu bannen, so wird man denn an diesem Buche einige Stunden wahrer und reiner Freude erleben, aber auch nicht mit Lesen aufhören, als bis die letzte Seite erreicht ist.

Joseph von Lauff: Die Tragikömbie im Hause der Gebrüder Spier. Eine niederheinische Geschichte. (G. Grote'sche Verlagsbuchh., Berlin.) — In seinem neuen Werke ist Lauff in seine geliebte niederheinische Heimatstadt zurückgekehrt und bietet ein drolliges Stück aus der reichen Schatzkammer seiner Jugenderinnerungen. Der Roman ist ein fröhliches, aufheiterndes, verschöndertes Buch, das darum vielen in unserer schwerbedrückten Zeit willkommen sein wird.

Paul Betterli: Jod. Roman einer Krähe. (Verlag Grethlen & Co., Leipzig.) — Betterli's hübsche Erzählung ist keine Verknüpfung der Tierwelt — es ist das Leben in der Natur, reich, mannigfaltig und groß — eine Welt der Wunder für den, der mit ebenso warmem und freudigem Gemüt in die Natur geht wie der Autor.

Ernst Döring: Der Krater. Roman. (Übertragung von Elise von Hollander. In Ganzleinen 5 Gm. Verlag Georg Westermann, Braunschweig.) — Auf Dörings herrliches Nordlandbuch folgt rasch das zweite. Die Großartigkeit des Motivs war so bald nicht abzulassen. Die „Hölle im Schnee“ gab den Kampf gegen Elemente. „Der Krater“ zeigt den Sieg. Einen mörderischen Sieg. Gegen den tödlichen Einfluß der Landschaft im ersten Roman stehen jetzt die Verheerungen der Industrie. Die gleichen Personen treten auf. Wer an Stelle der bleichen Refleze ewiger Schneefelder liegt ihnen jetzt das Fadellicht der Werkwerke in den Augen.

S. de Berré Stachpole: Die blaue Lagune. Ein Südsee-Roman. Aus dem Englischen übersetzt von Heinrich Hans Warkentin. Mit 9 ganzseitigen Aquarellen in Siebenfarbendruck.

Badisches Landestheater.

Samstag, 29. Nov. 6—11 Uhr. Sp. I. M. 4.50.
Außer Abonn. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 5001—5600.
In neuer Inszenierung: **Faust.** I. Teil.

Spielplan vom 30. November bis 9. Dezember:

- So. 30. Nov.** **Im Landestheater:** vorm. 11 $\frac{1}{2}$ U. In der Wandelhalle des I. Ranges. **Morgenveranstaltung** des Theaterkulturverbandes. Vortrag von Dr. Bauer: „Das Karlsruher Schauspiel im 18. Jahrhundert“. Mitglieder des Th.-K.-V. und der Gesellschaft für deutsche Bildung 0.70, Nichtmitglieder 1.50. abds. 5 U.* Th.-Gem. B.V.B. 601—800, 6001—6100. **Tristan und Isolde.** (7.00.) Zu halben Preisen: **Maria Stuart.** 6 $\frac{1}{2}$ U. (2.30.)
- Mo. 1. Dez.** D 10. Th.-Gem. B.V.B. 6101—6200, 6401—6500, 7301—7400. **Volksbühne 3. Die Entführung aus dem Serail.** Pedrillo: William Wernick von der Staatsoper Wien a. G. a. A. 7 U. (6.00.)
- Mi. 3. Dez.*** B 11. Th.-Gem. 1701—2000, 3401—3700. In neuer Inszenierung: **Faust.** I. Teil. 6 U. (4.50.)
- Do. 4. Dez.*** E 10. Th.-Gem. 301—500. **Volksb. 3. Die Bohème.** 7 U. (6.00.)
- Fr. 5. Dez.*** G 10. Th.-Gem. 1501—1700, 2101—2300. **Volksb. 3. Kolportage.** 7 U. (4.50.)
- Sa. 6. Dez.*** Th.-Gem. 3701—4000. Zum erstenmal: **Sechs Personen suchen einen Autor.** Ein Stück — das gemacht werden soll. Von Luigi Pirandello. 7 U. (4.50.)
- So. 7. Dez.*** A 11. **Aida.** 6 $\frac{1}{2}$ U. (7.00.)
- Mo. 8. Dez.*** Th.-Gem. 4601—4800. **Volksb. 3. Das Käthchen von Heilbronn.** 7 U. (4.50.)
- Di. 9. Dez.*** C 11. Th.-Gem. 1001—1300. **Volksb. 3. Zar und Zimmermann.** Marie: Carla Roeschlein vom Landestheater Braunschweig a. G. a. A. Van Bett: Guido Almasi vom Stadttheater Augsburg a. G. a. A. 7 U. (6.00.)
- So. 30. Nov.*** Neudinstädt: **Jugendfreunde.** Lustspiel von Fulda. 7 U. (3.80.)
- So. 7. Dez.*** Desgl.
- Kammerspiele im Künstlerhaus:**
- Fr. 5. Dez.** Th.-Gem. 3001—3300. **Doktor Guillotin.** 7 $\frac{1}{2}$ U. (4.—, 3.—, 2.—)

und einer Einbandzeichnung von Wolfgang Dreier (August Scheel G. m. b. H., Ganzleinen geb. 8 M.). — Wie Defoe's „Robinson Crusoe“ führt dieses Buch uns alle, Jung und Alt, fort aus der wirren, hastenden Zivilisation in das Paradies der reinen, unberührten Natur und umgibt uns mit dem märchenhaften Zauber einer einsamen Koralleninsel im Stillen Ozean. Ein Abbild der seelischen Entwicklung der Menschheit fern aller Kultur ist hier mit der realistischen Sachlichkeit eines modernen Psychologen gezeichnet, und doch romantisch zart wie ein Traum.

Fred Relius: „Durchlaucht — Frau Gildenwerth.“ Roman. (Verlag Dr. Cysler & Co. N. G. in Berlin SW 68.) — Relius hat hier einen padenden Gesellschafts- und Sensationsroman geschrieben, der viele Leser finden wird. Sein Stil ist geschmackvoll, und seine Erzählergabe beachtlich.

„Ausgerechnet Paul Simmel“ lautet der Titel eines neuen, mit einem originellen farbigen Selbstbildnis des Künstlers geschmückten, prächtig ausgestatteten Quartalsalbums, in dem der beliebte Künstler und Mitarbeiter der Lustigen Wälder auf 64 Seiten eine von ihm selbst getroffene Auswahl seiner lustigsten Bilder mit humoristischen Texten bietet, die sonst noch nirgends veröffentlicht wurden und die mit ihrem drastischen Humor, ihren urkomischen Situationen, den immer trefflicheren Pointen wieder wahre Lachsalben hervorgerufen werden! Das hübsche Album ist für den billigen Preis von 2.— Mark zu beziehen. (Verlag von Dr. Cysler & Co. N. G. in Berlin SW. 68.)

Tarzanade. Parodie von Wynona. (160 Seiten stark, kartoniert M. 2.—. Verlag der Tageblatt-Buchhandlung, Hannover.) — Wynona hat es übernommen, „Tarzan“, den Allermittelst, zu parodieren. Es war keine so leichte Aufgabe, wie es den Anschein hat, denn die „Tarzan“-Geschichten wirken an und für sich so stark parodistisch, daß Wynona einen schweren Stand hatte. Aber er ließ sich nicht einschüchtern, setzte sich hin und schrieb eine Parodie, die ihresgleichen sucht.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Konsularische Vertretung Österreichs
Die österreichische Regierung hat den Leiter des österreichischen Konsulats in Karlsruhe, Herrn Wilhelm Menginger zum Honorar-Generalkonsul ernannt. Nachdem ihm das Reich das Exequatur erteilt hat, wird Generalkonsul Menginger hiermit zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen erneuert zugelassen. Der Amtsbezirk des Konsulats in Karlsruhe bleibt unverändert.
Karlsruhe, den 27. November 1924.

Badisches Staatsministerium

Dr. Hellpach

Bekanntmachung

Auf Grund der abgelaufenen Erweiterungsprüfung nach § 4 der Verordnung des Staatsministeriums vom 19. Dezember 1922 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 873) wurden als für den gehobenen mittleren Dienst der inneren Verwaltung befähigt erklärt:

Verwaltungsinspektor Karl Böhrer von Heidelberg, die Verwaltungsobersekretäre August Fehler von Scherzheim, Karl Wieser von Woggenau, Alois Hügel von Bretten, August Ries von Steinfurt, Otto Rothweiler von Haslach, Otto Rothweiler von Bergshausen, Friedrich Rupp von Eberbach, Oskar Gernatinger von Billingen, sowie die Verwaltungsaktuare Eugen Blum von Triberg, Alfred Brunner von Freiburg, Franz Ditton von Huchloch, Kurt Ede von Sulz, Max Engler von Mühlheim, Friedrich Feger von Mühlhausen i. G., Friedrich Grether von Durlach, Gottlieb Hofer von Marschalkenzimmern, Karl Hanloser von Engen, Friedrich Korn von Karlsruhe, Georg Jenne von Mannheim, Robert Klein von Ruchstetten, Karl Kocher von Bruchsal, Edwin Reig von Zimmern, Eugen Mayer von Waldorf, Hermann Müller von Sinsheim, Philipp Neubrand von Mühlbach, Albert Prückmaler von Reichen, Wolf Schäufele von Gattlingen, Karl Wagner von Lindach, Fritz Weigold von Heidelberg und Gustav Wirth von Wilhelmshafen.

Karlsruhe, den 24. November 1924.
Der Minister des Innern
Remmelle

Die die Gesamtgemeinde Niedheim, Amtsbezirk Überlingen, bildenden Orte Gengenweiler, Gepbach, Reimbach, Niedheim, Stadel wurden unter Aufhebung der gegenseitigen Gemarkungsgrenzen mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 zu einer einfachen Gemeinde mit dem Namen Niedheim vereinigt.

Die Vereinigung ist rechtswirksam.
Karlsruhe, den 22. November 1924.
Der Minister des Innern
Remmelle

Bekanntmachung

Der zwischen der abgeordneten Gemarkung Oberbiegelhof und der Gemeinde Badstätt, Amtsbezirk Sinsheim, abgeschlossenen Vereinbarung über die Vereinigung der abgeordneten Gemarkung mit der Gemeinde Badstätt mit Wirkung vom 1. Januar 1925 wurde die staatliche Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, den 24. November 1924.
Der Minister des Innern
Remmelle

Fürstliche Jagdprüfung 1924

Auf Grund der im Oktober d. J. abgehaltenen Jagdprüfung im Forstfach sind zu Forstreferendaren ernannt worden: Werhart von Bernegg, Kurt von Karlsruhe, und Willmann Hans, von Freiburg.

Karlsruhe, den 26. November 1924.
Der badische Finanzminister
J. B.: Sammet.

Während der Dauer des Wintersportverkehrs werden in den Personenzügen der Südbahn- und Schwarzwaldbahn besondere Wagen 4. Klasse für Reisende mit Rollstühlen oder Schneeschuhen gefahren. In die 2. Klasse dürfen derartige Geräte nicht mitgenommen werden, auf der Südbahn auch nicht in die 3. Klasse, weil sich im letzten Winter daraus Unzulänglichkeiten für die übrigen Reisenden ergeben haben.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurufeetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:
Regierungsdirektor Friedrich Schmitt zum Regierungsrat beim Bezirksamt Wiesloch. Pfleger Christian Vogel bei der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen zum Oberpfleger, Pfleger Josef Deder bei der Heil- und Pflegeanstalt Altenau zum Oberpfleger, Notarmeister Fritz Heidenreich in Mannheim zum planmäßigen Polizeivachtmeister.

Befördert:
Rechnungsdirektor Georg Schöff vom früheren Arbeitsministerium zum Ministerium des Innern.

Justizministerium
Ernannt:
Kanzleihilfsassistent Clemens Nießer beim Amtsgericht Bruchsal zum Kanzleisekretär, Schreibgehilfin Maria Jungmann beim Notariat Mannheim zum Kanzlistin.

Befördert:
Aufseher Karl Aschinger beim Amtsgefängnis Forzheim zum Amtsgefängnis Bretten.

Ministerium des Kultus und Unterrichts
Ernannt:
Geiger Friedrich Reithal am Lehrerseminar I (Comenius-Schule) hier zum Musikmeister dafelbst.

Ministerium der Finanzen
Forstabteilung
Planmäßig angeheft:
Der Vermessungsassessor Karl Herrmann beim Vermessungsbüro der Forstabteilung mit der Amtsbezeichnung Obergeometer.

Zurufgeheft:
Förster Albert Kral in Schlachtenhaus (N. Schopfheim).

In der Festhalle:
Th.-Gem. 5601—6000. III. Sinfonie-Konzert des Bad. Landestheater-Orchesters. Leitung: Operndirektor Prof. Clemens Krauss-Frankfurt a. M. 7 $\frac{1}{2}$ U. (4, 3, 2, 1.)
Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorverkauf der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 29., nachmittags 1/4—5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, 1. Dez. an. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle (9—1, 4—6 Uhr).

Badische Lichtspiele — Konzerthaus
Heute abend 8 Uhr
Letzte Vorführung D.793
Die Gefahren der Berge
und deren Verhütung
Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße

GALERIE MOOS
Kaiserstraße 187 D.777
Sehenswerte Weihnachts-
GEMÄLDESCHAU
Jeder 25. Besucher erhält ein Kunstblatt gratis!
Eintritt 30 Pfg.

Schreibtische
von Mk. 75.— an liefert D.796
M. Lauber, Mannheim, F 3, 7

Drucksathen für die Reichstagswahl
Flugblätter, Plakate usw.

fertigt in kürzester Frist

G. Braun

dormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
G. m. b. H.
Karlsruherstraße 14 **Karlsruhe** Telefon Nr. 952, 953, 954

Die Möbelstoffe G.m.b.H. Karlsruhe i. V. rufen bestimungsgemäß etwaige Gläubiger auf, Forderungen anzumelden beim Liquidator H. Rudolf, Durlach, Etilingerstr. 43. D.364.3.1

Kontrollen-Stelle.
Zum sofortigen Eintritt wird ein im neuzeitlichen Rassenwesen erfahrener Beamter für die Bezirkspartafasse Zell i. B. als Kontrollleur und Kassierstellvertreter gesucht.
Entlohnung nach Gruppe VII oder VIII je nach orbildung. Bewerbungen sofort erbeten. D.785
Der Verwaltungsdirektor der Bezirkspartafasse Zell i. B.

Güterrechtsregister.
Gengenbach. D.267
Güterrechtsregistertrag Band I S. 407: Eisele, Albert, Rechtsanwalt in Dieberach, und Theresia geborene Sawoff. Vertrag vom 31. Oktober 1924. Gütertrennung. Gengenbach, 10. Nov. 1924. Amtsgericht.

Druck & Braur Karlsruhe